

Im Brennpunkt: Die Gemeinschaftsschule im Spiegel der Bundesländer

Das momentan am häufigsten diskutierte Wort in der Branche ist „Gemeinschaftsschule“. Einerseits sieht man in ihr einen Ort des gemeinsamen Lernens, andererseits wird unter ihm eine Zusammenfügung von Haupt-, Real- und Gesamtschule verstanden. Andere belegen das Wort in der Diskussion mit dem Kampfbegriff „Einheitsschule“. Wir haben für Sie die Entwicklung in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland beobachtet und skizzieren im Folgenden unsere Einschätzung zur aktuellen Situation:

- **Baden-Württemberg:** Die demographische Entwicklung und mangelnde Nachfrage der Hauptschule weisen einen Weg in ein zweigliedriges Schulsystem von Gymnasium und „Rest“.
- **Bayern:** Grundsätzlich ist die Gemeinschaftsschule politisch kein Thema, allerdings sorgt die Schließung von Hauptschulen in struktur- und bevölkerungsschwachen Gebieten für entsprechende Diskussionen.
- **Berlin:** Die Regierungskoalition hat die schrittweise Einführung der Gemeinschaftsschule in der Koalitionsvereinbarung verabschiedet, frühestens zum übernächsten Schuljahr sollen die ersten Gemeinschaftsschulen auf der Grundlage freiwilliger Meldungen von Schulen eingerichtet werden. Schulen sind äußerst zurückhaltend, auch deshalb, weil die Rahmenbedingungen noch völlig ungeklärt sind. Bekannt ist der Finanzrahmen: 22 Millionen Euro für diese Legislaturperiode.
- **Brandenburg:** Hier gibt es keine Entwicklung zur Gemeinschaftsschule, da erst vor kurzem der demographischen Entwicklung folgend so genannte Oberschulen als zusammengefasste Realschulen und Gesamtschulen eingeführt worden sind. Das Gymnasium ist unumstritten.
- **Bremen:** In Bremen gibt es z. Z. keine Schulstrukturdebatte, allenfalls eine unterschwellige politische Tendenz zur Zweigliedrigkeit Gesamtschule – Gymnasium.
- **Hamburg:** Hier sind die politischen Weichen für ein zweigliedriges Schulsystem gestellt.
- **Hessen:** Die demographische Entwicklung lässt die Diskussion über ein zweigliedriges Schulsystem langsam beginnen, zur Landtagswahl 2008 dürfte diese an Schärfe zunehmen.
- **Mecklenburg-Vorpommern:** Mit der Bildung der großen Koalition ist die Diskussion um eine Schule „des längeren gemeinsamen Lernens“ verstummt. Zwar wird die Entscheidung der alten Regierung für die Klassen 5 und 6 an den Regionalschulen beibehalten, aber die Ausweitung auf die Klassen 7 und 8 wird nicht weiter verfolgt.
- **Niedersachsen:** Die Gemeinschaftsschule ist momentan kein Thema, im nächsten Wahlkampf dürfte die Frage aber im Mittelpunkt stehen.
- **Nordrhein-Westfalen:** Die demographische Entwicklung führt auch in NRW zunehmend zu einer Schulstrukturdebatte. Im neuen Schulgesetz von NRW ist schon einmal der Begriff der „Verbundschule“ verankert.
- **Rheinland-Pfalz:** Die Gemeinschaftsschule ist z. Z. kein ernsthaftes Thema, allerdings gibt es eine öffentliche Diskussion um die Zukunft der Hauptschule.
- **Saarland:** In diesem Land sind die Schulformen Gymnasium, Erweiterte Realschule und Gesamtschule in der Landesverfassung genannt, insofern in ihrem Bestand garantiert. Damit erübrigt sich die Diskussion um eine Gemeinschaftsschule.
- **Sachsen-Anhalt:** Die Diskussion um die Gemeinschaftsschule durch die große Koalition ist bereits sehr weit gediehen, favorisiert wird das Modell von acht Jahren gemeinsamen Lernens.
- **Sachsen und Thüringen:** Die demographische Entwicklung dürfte über kurz oder lang zu einem zweigliedrigen Schulsystem führen.
- **Schleswig-Holstein:** Die CDU hat die Regionalschule erfunden und lässt das Gymnasium unangetastet, die SPD sieht in der Einführung der Gemeinschaftsschule einen wichtigen Schritt zur Modernisierung der Schullandschaft. Die Regionalschule ist eine Vereinigung von Realschule und Hauptschule, die ab 2010 verpflichtend eingeführt wird. In den Gemeinschaftsschulen werden die Jahrgangsstufen 1–10 ohne jede äußere Differenzierung unterrichtet, die bestehenden Gesamtschulen werden alle bis 2010 in Gemeinschaftsschulen umgewandelt. Das Abitur soll nur an den Oberstufen der Gymnasien vergeben werden.

Die demographische Entwicklung ist nicht aufzuhalten

Unabhängig von den politischen Ausrichtungen in dieser Diskussion gibt es ein Faktum, das nicht wegdiskutiert werden kann: Das ist die demographische Entwicklung. In den neuen Bundesländern hat diese bereits zu enormen Verwerfungen geführt, die alten Bundesländer bleiben davon nicht verschont. Die demographische Entwicklung dürfte über kurz oder lang in allen Ländern ein viergliedriges Schulsystem nicht mehr zulassen.

Autor: Harald Mier

Schulleiter am Schadow-Gymnasium in Berlin